

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2017)
Heft: 4: Verkehrspolitik in der Sackgasse?

Rubrik: Energie aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

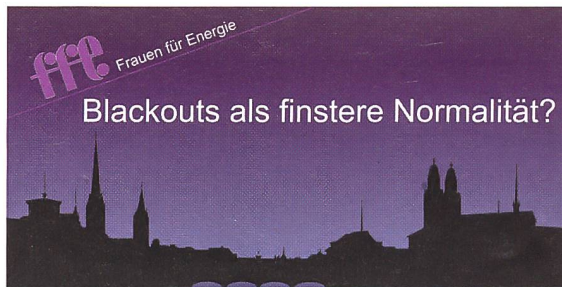
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

> Versorgungssicherheit bis 2035



fn. Ein Jahr nach der Abstimmung über die Atomausstiegsinitiative hat das Departement von Doris Leuthard, das UVEK, Studien veröffentlicht, die zeigen, dass die Versorgungssicherheit (system adequacy) in der Schweiz bis 2035 gesichert ist. Nur in extremen und unwahrscheinlichen Szenarien ist damit zu rechnen, dass die Versorgung während einzelner Stunden nicht gesichert ist. Mit geeigneten Massnahmen (Lastmanagement, strategische Reserve) kann dem vorgebeugt werden. Unabhängig davon hat Swissgrid im Auftrag der ElCom Modellrechnungen angestellt. Ihr Fazit: Es besteht kein Handlungsbedarf, sogar wenn alle fünf AKW und das Wasserkraftwerk Grand-Dixence im Winter ausfallen. Die Angst-mache vor der Abstimmung über den Atomausstieg bis 2029 war also nachweislich ungerechtfertigt.

> Photovoltaik wird unsichtbar



fn. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) hat vor kurzem getwittert: «Die Schweiz mit ihren Staudämmen und ihrem Stromnetz verfügt über eine Infrastruktur, die sich gut für eine Solarstromproduktion in der Grössenordnung von 20 % unseres jährlichen Strombedarfs eignet.» Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, 2016 waren es erst 2,3 %. Inzwischen gibt es neue Möglichkeiten, Solarenergie zu gewinnen, ohne dass es auffällt. Zum Beispiel mit transparenten Zellen (siehe Bild) oder mit Solarziegeln. Auf dem Dach eines Bauernhauses im freiburgischen Ecuivillens wurden in einem Pilotprojekt rote Solarziegel installiert. Inzwischen gibt es mehrere Häuser, denen man nicht ansieht, dass deren Fassaden Kraftwerke sind. Ästhetik und Solarenergie sind keine Gegensätze mehr.

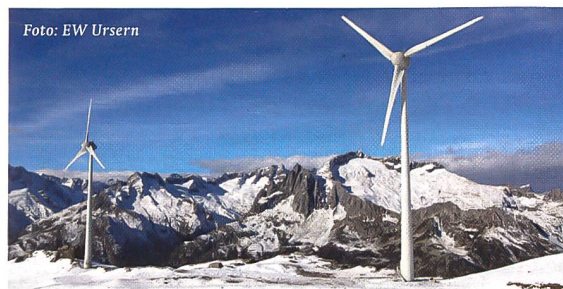
> Energiestrategie 2050 tritt in Kraft



fn. Am 21. Mai 2017 haben 58 % der Stimmbevölkerung die Energiestrategie 2050 angenommen. Am 1. Januar 2018 tritt sie in Kraft, gleichzeitig mit den zugehörigen Verordnungen. In der neuen Energieverordnung EnV steht zum Beispiel, wie viel der Netzbetreiber für den eingesparten Strom vergüten muss.

Bisher wurde als Basis oft der Strompreis am Spotmarkt genommen, die BKW hat die Vergütungssätze per 2017 auf 4 Rappen pro Kilowattstunde gesenkt. Neu sind die Kosten für den Bezug gleichwertiger Energie sowie die Gestehungskosten der eigenen Anlagen massgebend. Die BKW und andere Netzbetreiber werden ihre Vergütungssätze anpassen müssen. Neu gelten auch vereinfachte Regeln zur Bildung von Eigenverbrauchs-gemeinschaften, was insbesondere für Miethäuser und Gewerbebauten interessant sein wird.

> Eine Stimme für die Windkraft



mb. Wir befinden uns im Jahre 2017 n.Chr. Die ganze Schweiz verschmäht Windräder... Die ganze Schweiz? Nein! Ein von unbeugsamen Jugendlichen bevölkertes Dorf im Kanton Appenzell Innerrhoden versucht, der Windenergie zum Aufschwung zu verhelfen. Nach gewohntem Widerstand gegen zwei geplante Windkraftanlagen in Oberegg wurde vor knapp zwei Monaten der Verein «Jugend Pro Windrad» gegründet. Dieser hat das Ziel, auch den Befürwortern der Windenergie eine Stimme zu geben. Man möchte aufzeigen, dass Windräder unabdingbar für die Energiestrategie 2050 sind. Diese Kampagne ist nicht nur lokal interessant, sondern könnte auch Vorbild für andere mögliche Standorte von Windrädern sein – denn Potenzial hat die Windenergie auch in der Schweiz allemal.

» www.jugend-pro-windrad.ch

> CO₂-Ziele für Neuwagen gefährdet



fb. Gemäss Pariser Klimaabkommen und Energiestrategie 2050 sollen der CO₂-Ausstoss und der Energieverbrauch auch im Verkehr massiv gesenkt werden. Die Vorschriften für Neuwagen wurden folgerichtig verschärft und erweitert. Personenwagen dürfen im Durchschnitt über die ganze Neuwagenflotte ab 2020 nur noch 95 g CO₂/km ausstossen (heute 130 g). Der Bundesrat hat diesen Termin gleichwohl nach hinten verschoben. Und das obwohl sich die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs besonders unerfreulich entwickeln. Der Vorschlag vom Bundesrat führt zu unnötigen und zusätzlichen CO₂-Emissionen. Er vernachlässigt mit diesem Entscheid den Volks- und Parlamentswillen.

» SES-Medienmitteilung, 2. November, www.energiestiftung.ch

> Fukushima-Kosten immer höher



Foto: Fabian Blasio

ne. Auf gut 200 Milliarden Franken schätzte bisher die japanische Regierung die Schäden aus dem Super-GAU von Fukushima-Daiichi vom März 2011. Doch nun zeigt eine neue Studie des Japan Center for Economic Research (JCER), dass die Kosten wohl unterschätzt werden: Auf zirka 625 Milliarden Franken – und damit mindestens drei Mal so hoch wie die offiziellen Zahlen – werden die Kosten veranschlagt. Dies entspricht fast dem Schweizer Bruttoinlandprodukt des Jahres 2016 (knapp 660 Milliarden Franken). Ursprünglich hatte die Regierung die Kosten noch auf gut 100 Milliarden Franken geschätzt. Dass damit das Ende der Fahnenstange erreicht ist, ist wenig wahrscheinlich: Demnächst erst werden die ersten der immer noch strahlenden Brennstäbe aus den Reaktoren geborgen.

> Die PR-Tricks der Atomlobby

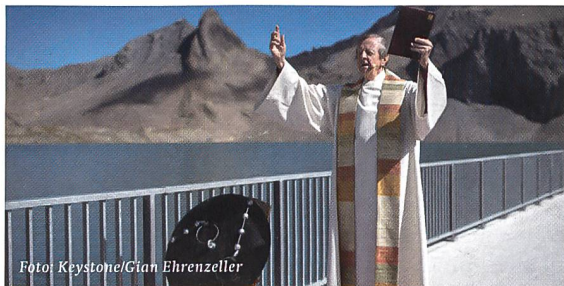


Foto: Keystone/Gian Ehrenzeller

vs. Unter dem leicht irreführenden Titel «Staat soll Atomkraftwerke subventionieren» veröffentlichte der Tages-Anzeiger Ende Oktober Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungs-Umfrage, welche die Axpo in Auftrag gegeben hatte. Während im Artikel der Eindruck entstand, die finanzielle Unterstützung der Atomkraft sei erwünscht, bezog sich die Aussage auf die Frage, ob der Umstieg auf erneuerbare Energien nur gelingen kann, «wenn der Staat in der Übergangszeit unrentable Atomenergie UND Wasserkraft subventioniert». Eine Mehrheit der Befragten stimmte zu.

Journalistische Sorgfalt hin oder her: Das Beispiel zeigt die Konfusion in der Bevölkerung. Die Komplexität im Thema ist gross und genau daran knüpft die PR-Arbeit der Axpo an. Das positive Image der Wasserkraft kann für sie bares Geld wert sein.

> Leibstadt: Weitere Probleme mit Brennstäben

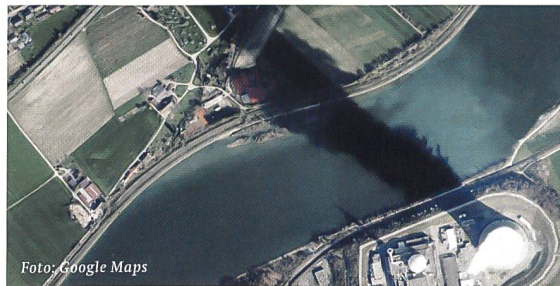


Foto: Google Maps

ne. Neun Monate stand das AKW Leibstadt bis letzten Februar wegen unerwünschter Oxidationen an Brennelementen still. Auch wenn die Ursache nicht ermittelt werden konnte, liess das ENSI das Werk unter Auflagen wieder ans Netz. Seit Mitte September steht Leibstadt nun erneut still: Die ordentliche Revision wurde bis Ende 2017 verlängert, da weitere Brennelemente ausgetauscht werden müssen.

Diesmal sind nicht Brennelemente vom früheren Lieferanten Westinghouse sondern von Areva betroffen, das Leibstadt seit einigen Jahren beliefert. Sie wurden aufgrund eines Sortierfehlers schadhaft geliefert. Einige davon standen bereits seit 3 bzw. 4 Jahren im Einsatz, womit ein Zusammenhang mit den Oxidationen nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Der verlängerte Stillstand kostet gegen 50 Millionen Franken.